

Zusammenfassung der Konsultation

Bewertung der Verordnung (EG) Nr. 906/2009 der Kommission über die Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen zwischen Seeschifffahrtsunternehmen (Konsortien)

Bei Linienschifffahrtsdiensten handelt es sich um die Bereitstellung von regelmäßigen, fahrplangebundenen Seeverkehrsdiensten zur Beförderung von Gütern auf einer bestimmten Strecke. Sie erfordern beträchtliche Investitionen und werden daher regelmäßig von mehreren Schifffahrtsunternehmen, die auf der Grundlage von Konsortialvereinbarungen zusammenarbeiten, gemeinsam erbracht. Konsortien können Größenvorteile bieten und eine bessere Nutzung des Schiffsraums ermöglichen. Ein angemessener Anteil der Effizienzgewinne kann an die Nutzer der Seeverkehrsdienste weitergegeben werden, und zwar in Form einer besseren Abdeckung der Häfen (häufigere Fahrverbindungen und mehr Zwischenhalte) und besserer Dienstleistungen (besser abgestimmte Verbindungen, hochwertigere und stärker auf den Einzelbedarf zugeschnittene Leistungen aufgrund der Verwendung modernerer Schiffe, Ausrüstungen und Hafenanlagen).

Artikel 101 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) untersagt Vereinbarungen zwischen Unternehmen, die den Wettbewerb beschränken. Nach Artikel 101 Absatz 3 AEUV können solche Vereinbarungen jedoch für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden, wenn sie unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne den Wettbewerb auszuschalten.

Nach der Verordnung (EG) Nr. 246/2009 des Rates kann die Kommission gemäß Artikel 101 Absatz 3 AEUV Konsortialvereinbarungen im Wege einer Verordnung für einen auf fünf Jahre begrenzten, aber verlängerbaren Zeitraum von der Anwendung des Artikels 101 Absatz 1 AEUV ausnehmen. Dementsprechend hat die Kommission die Verordnung (EG) Nr. 906/2009 (im Folgenden „Verordnung über Seeschifffahrtskonsortien“) angenommen, in der die spezifischen Voraussetzungen für die Freistellung von Konsortialvereinbarungen festgelegt sind. Diese Voraussetzungen sollen insbesondere eine angemessene Teilhabe der Kunden an den daraus resultierenden Vorteilen gewährleisten. Die Verordnung über Seeschifffahrtskonsortien läuft am 25. April 2020 aus. Die geplante Bewertung soll vor Ablauf der Geltungsdauer abgeschlossen werden.

Diese öffentliche Konsultation ist Teil der im Mai 2018 angelaufenen Bewertung der Verordnung über Seeschifffahrtskonsortien. Im Rahmen der Konsultation sollen Fakten und Ansichten von Interessenträgern zusammengetragen werden, um die Auswirkungen und die Relevanz der Verordnung über Seeschifffahrtskonsortien zu bewerten und eine Faktengrundlage für die Entscheidung bieten, ob die Verordnung auslaufen oder verlängert werden sollte (und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen).

Die Konsultation mittels dieses Fragebogens läuft 12 Wochen. Nach Analyse der eingehenden Konsultationsbeiträge wird eine Zusammenfassung der Kernpunkte und der Schlussfolgerungen auf der für die Konsultation eingerichteten Website veröffentlicht.

Die Konsultation richtet sich in erster Linie an Seeverkehrsunternehmen, ihre Kunden (Verlader und Spediteure), Hafenbetreiber und ihre jeweiligen Verbände. Die wichtigsten Interessenträger sind die Seeverkehrsunternehmen, die die Verordnung über Seeschifffahrtskonsortien anwenden, dicht gefolgt von ihren Kunden, die zwar von den weitergegebenen Vorteilen profitieren, aber auch von etwaigen durch Konsortien verursachten wettbewerbsrechtlichen Problemen betroffen sind.

Weitere Interessenträger, deren Beiträge von großem Nutzen sein werden, sind auf das Wettbewerbsrecht und den Seeverkehr spezialisierte Branchenanalysten, Wissenschaftler und Anwaltskanzleien. Ferner werden die Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten konsultiert.